

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXII 201

Bad Godesberg, den 19. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Abschiepphasen</u>	47
	Dreikönde Jasten der Vergangenheit	
4 - 5	<u>Notstandsregelungen - aber wie ?</u>	9
	Bemerkungen zu den FDP-Vorschlägen	
	Von Martin Hirsch, MdB	
6	<u>GLÖCKLE: Das neue Manifest</u>	47
	"Extremisten aller Schattierungen vereinigt Euch!"	
	Ein Vorschlag von Waldemar Ritter	
7	<u>OTTO HAHN</u>	34
	Erster europäischer Atomreaktor in Ziel	
8	<u>Dickchockenkämpfe in Portugal</u>	46
	Im Salazars Nachfolge	
	Von unseren HD-3 Korrespondenten in Madrid	
7 - 8	<u>ANHANG: Eine Landkarte der Hoffnung</u>	97
	Die Summe der internationalen Buchmesse 1967	
	Von Wolfgang Tschechne	

* * *

"Abschleppkosten"

Drückende Lasten der Vergangenheit

sp - In Berlin und Düsseldorf ist in dieser Woche bei den Beratungen der Bundestagsausschüsse und den Treffen der Ministerpräsidenten der Bundesländer wieder einmal deutlich geworden, wie groß die Abschleppkosten sind, die jetzt bezahlt werden müssen, um wirtschafts- und sozialpolitische Wracks der Vergangenheit aus dem Wege räumen zu können. Es zeigt sich immer mehr und wird auch jetzt kaum noch von jenen bestritten, die früher immer meinten, alles könne sich in der freien Marktwirtschaft von selbst "auspendeln", daß eine moderne Industrialisation ohne mittel- und langfristige Finanz-, Sozial- und Wirtschaftsplanung nicht mehr auskommt. Bei notwendigen Einsparungen auf diesem oder jenem Gebiet - etwa bei Rentenkürzungen oder Streichung von sozialen Mietbeihilfen - heißt sich die Wirtschaft selbst in den Schwanz. Sie verringert die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten, ohne dafür der Gesamtwirtschaft eine "Gegenleistung" bieten zu können. Man wird also nicht umhin können, auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik eine mittel- und längerfristige Planung zur Grundlage von finanz- und wirtschaftspolitischen Erwägungen zu machen.

Bei der Kohlekrise ist es nicht anders. Seit mehr als zehn Jahren hat man sich strikt geweigert, unausweichlich auf uns zukommende Schwierigkeiten auf dem Sektor der Energiewirtschaft als Realität anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Es ist richtig, wenn heute gesagt wird - aber das galt auch schon für früher -, daß die Schicksale der Menschen im Revier nicht durch kurzfristige Maßnahmen gemeistert werden können. Umschalungen von Arbeitskräften, die vor einigen Jahren bei Vollbeschäftigung in anderen Industrien ohne Zweifel durchführbar gewesen wären, erweisen sich heute aus psychologischen und wirtschaftlichen Gründen außerordentlich schwierig. Mangelnde Koordination und unzureichende Gesetze bei der Vorbereitung von Zechenstilllegungen und dem Verkauf von Grubengelände von den Bergwerksgesellschaften gebunden Grundstücken zum Zweck der Ansiedlung neuer Industrien im Revier rufen heute den berechtigten Zorn der unmittelbar betroffenen Menschen im Ruhrgebiet hervor.

An Plänen zur Bereinigung dieses Zustandes fehlt es nicht. Wenn die Industriegewerkschaft Bergbau erneut darauf verweist, daß im Revier endlich mit der Tüpfchenwirtschaft zugunsten einzelner Gesellschaften Schluß gemacht werden muß, so ist das vernünftig und gerechtfertigt. Über die Form der Überführung heute noch vom Staat subventionierter Gesellschaften in eine große Einheitsgesellschaft kann diskutiert werden. Aber man muß wissen, daß Einzelmaßnahmen, offene oder versteckte Subventionen, nicht mehr ausreichen, um der sehr ernst gewordenen Lage im Revier Herr werden zu können.

Das Ruhrgebiet geht uns alle an. Ein Absacken der Wirtschaftskraft dieses bevölkerungsreichsten Teils Europas würde andere Krisenereignisse zur Folge haben. Unsere gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Stabilität der Währung und die Sicherung der Arbeitsplätze steht und fällt mit der Einsicht aller, daß die Zeit provisorischer Lösungen der Probleme vorüber ist.

Notstandsregelungen - aber wie ?

Von Martin Hirsch, MdB

Alle Notstandsregelungen müssen auf der einen Seite praktisch geeignet sein die vorhersehbaren Notsituationen vernünftig und wirksam zu bewältigen; auf der anderen Seite müssen Recht und Freiheit auch in solchen Notlagen erhalten bleiben. Wie soll das geschehen? Diese Frage muß auf zwei Ebenen geklärt werden: sowohl im Bereich der Staatsleistung, als auch im Verhältnis zwischen Staat und Bürger.

Nach der jetzt gültigen Regelung ist vorgesehen, daß der Bundestag die Feststellung trifft, "daß der Verteidigungsfall eingetreten ist"; notfalls, wenn "dem Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, so kann bei Gefahr im Verzug der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers diese Feststellung treffen und verkünden" (Art. 59 a GG). Was dann zu geschehen hat, welche rechtlichen Wirkungen diese Feststellung haben soll, sagt das Grundgesetz nicht. Auf diese Frage antworten z. B. nur die dem Grundgesetz vorgehenden "Alliierten Vorbehalte"; also läge es bei den Alliierten, der Bundesregierung Vollmachten für zweckentsprechendes Handeln zu geben. In der Vorsorge für diese Situation sind die berühmten "Schubladengesetze" entstanden. Dieser Zustand muß und soll geändert werden, weil er der Exekutive mit Hilfe der alliierten Vorbehaltsrechte eine quasi diktatorische Machtfülle gäbe, für die keine sachliche Notwendigkeit besteht.

Der Regierungsentwurf sieht dafür in den Grundzügen folgende Änderungen vor. Es soll ein aus 22 Bundestagsabgeordneten und 12 Ländervertretern bestehender "Gemeinsamer Ausschuß" gebildet werden, der einseitig als Ersatzparlament alle Rechte von Bundestag und Bundesrat gemeinsam ausüben soll, sofern der Bundestag nicht zusammentreten kann oder nicht beschlußfähig ist, den andererseits bestimmte Kontrollaufgaben gegenüber der Exekutive übertragen werden sollen, die auch schon in tiefsten Friedenszeiten wahrzunehmen sind, vor allem im Bereich der Regierungsplanungen für Notstandsfälle. Außerdem darf die Bundesregierung "eine in Bundesgesetzen über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung vorgesehene Feststellung mit gesetzlich festgelegten Rechtswirkungen nur mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses treffen". Schließlich sieht der Regierungsentwurf die Möglichkeit vor: "Während des Zustandes äußerer Gefahr kann der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates den Gemeinsamen Ausschuß ermächtigen, Gesetze zu erlassen."

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll also für den Notstandsfall das bewußt recht komplizierte Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in der Weise geändert werden, daß alle parlamentarischen Rechte möglichst schnell und reibungslos auf ein kleines entscheidungsfähiges Gremium übertragen werden, das schwerwiegende Notstandsvorbereitungsmaßnahmen der Exekutive, wie z. B. Dienstverpflichtungen, kontrollieren soll.

Diese Regelung hat gewiß den Vorzug der Praktikabilität für sich. Man muß sich aber hüten, die Hemmnisse, die ein kompliziertes Verfahren gegen Machtmißbrauch bewirkt, ohne Not zu beseitigen.

Die FDP schlägt deshalb im Gegensatz zur Bundesregierung vor, den von ihr "Notparlament" genannten Gemeinsamen Ausschuss mit 33 Bundestagsabgeordneten und 17 Bundesratsvertretern zu besetzen, der auch immer getrennt nach der Mitgliederherkunft abstimmen soll. Ein solches "Notparlament" soll nur dann in Aktion treten, wenn das Gesamtparlament scheidet, was praktisch nur dann möglich ist, wenn der Bundestag nicht mit beschlußfähiger Mitgliederzahl zusammentreten kann. Konsequenz sieht die FDP dann auch keine besonderen Informationsbefugnisse für das "Notparlament" in Friedenszeiten vor. Grundsatz des FDP-Entwurfes also: Auch im Notstand wird das jetzige Verhältnis zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat nur dann geändert, wenn der Bundestag handlungsunfähig wird. Damit will die FDP wohl erreichen, daß jede unnötige Verschiebung der institutioneller Machtverhältnisse vermieden wird. Es ist aber fraglich, ob dabei nicht auch notwendige Veränderungen ausgelassen werden. Auf der einen Seite kann nicht bezweifelt werden, daß die im Regierungsentwurf vorgesehene Informationsbefugnis des Gemeinsamen Ausschusses auch in Friedenszeiten einen Machtzuwachs des Parlaments bedeutet, weil die Regierung einem parlamentarischen Gremium über Dinge berichten soll, die nach jetziger Auffassung zum Teil reine Exekutivangelegenheiten sind. Auf der anderen Seite kann nicht bezweifelt werden, daß der ganze Bundestag mit seinen 500 Mitgliedern kaum in der Lage sein dürfte, wirksam die Einzelmaßnahmen der Regierung zu kontrollieren; Je größer das Kontrollorgan, desto geringer der Kontrolleffekt.

Es muß also versucht werden, zwischen Regierung und FDP-Entwurf einen Mittelweg zu finden, der etwa in diese Richtung führen sollte: Die Notstandsmaßnahmen im weiteren Sinne müssen unterschieden werden je nach dem Zeitpunkt, wann sie wirksam werden sollen. Es gibt Maßnahmen, vor allem Ausbildungsveranstaltungen, die schon in Normalzeiten anlaufen müssen; andere Maßnahmen werden im "Spannungsfall" zur "Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft" fällig; weitere Maßnahmen schließlich werden erst im wirklichen Notstandsfall notwendig.

Man sollte vorsehen, daß der Gemeinsame Ausschuss zwar schon in Friedenszeiten ständig informiert wird, daß er aber zusammen mit der Bundesregierung Notstandsmaßnahmen erst dann in Gang setzen darf, wenn zuvor der Bundestag mit qualifizierter Mehrheit festgestellt hat, daß der Spannungs- oder Verteidigungsfall eingetreten ist. Für die in Frieden notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen muß allein das Gesamtparlament zuständig bleiben.

So wäre auf der einen Seite gewährleistet, daß die Volksvertretung nicht aus der Verantwortung gedrängt oder entlassen werden kann; andererseits wäre aber auch der Wunsch nach Praktikabilität ausreichend erfüllt.

* * *

KLASSE: Das neue Manifest

"Extremisten aller Schattierungen vereinigt Euch"

Ein Vorschlag von Waldemar Ritter

Ein Gespenst geht um in Deutschland -- das Gespenst des Extremismus. Alle Mächte des demokratischen Deutschland haben sich gegen dieses Gespenst verbündet, die Koalitionsparteien und die FDP, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Springer-Presse, der Berliner Senat und das Deutsche Fernsehen. -- Es ist daher hohe Zeit, daß die Extremisten aller Schattierungen ihre Anschauungsweise, ihre Ziele und ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Extremismus ein gemeinsames Manifest selbst entgegenstellen. -- Zu diesem Zweck haben sich die linken und rechten Extremisten versammelt und das folgende Manifest entworfen, das in chinesischer, spanischer, albanischer, portugiesischer und südafrikanischer Sprache veröffentlicht wird.

1.) Die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die Geschichte der parlamentarischen Demokratie. Sie muß zuerst durchschert und dann beseitigt werden.

2.) Die Israelis und der Zionismus sind an allem schuld. Der Aggressor und den Imperialismus Israels muß deshalb entschieden Einhalt geboten werden.

3.) Die Notstandsgesetze vereiteln einen anti-demokratischen Umsturz. Sie müssen mit allen Mitteln verhindert werden.

4.) Die Bonner Monopol-Parteien werden bei jeder Wahl von mindestens 90 Prozent unserer Bevölkerung gewählt. Deshalb brauchen wir ein anderes System und nicht das Grundgesetz.

5.) Der Krieg in Vietnam schadet dem Machtanspruch Chinas und vermindert eine neue Achse mit diesem großen Land. Deshalb sammeln wir Geld für die Waffen des Vietcong.

6.) Die Amerikaner sichern die Freiheit West-Berlins und verhindern ein militärisches Vakuum in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb muß diese raumfremde Macht aus Europa verschwinden.

7.) Der gegenwärtige Rechtsstaat läßt zuwenig Raum für Intoleranz. Deshalb muß mit geschickter Provokation und optimalem Gesinnungsterror gegen diesen Fetisch gekämpft werden.

8.) Vernunft und kritisches Bewußtsein stärken die etablierten Parteien und das ganze demokratische System. Deshalb müssen die Emotionen angeheizt und alte Vorurteile wieder aufgebaut werden.

9.) Die Grundrechte sind zu beachten, solange sie von anderen nicht in Anspruch genommen werden. Ansonsten können sie jederzeit mißbraucht und mißachtet werden.

10.) Die Menschen der Bundesrepublik Deutschland haben nichts zu verlieren als ihre Demokratie. Sie haben eine totalitäre Diktatur zu gewinnen.

Extremisten aller Schattierungen vereinigt Euch!

O T T O H A H N

Erster europäischer Atomfrachter in Kiel

ak - In sechs bis acht Monaten wird der erste europäische Atomfrachter, die in Kiel in der Ausrüstung befindliche OTTO HAHN (15 000 Tonnen), in See stechen. Die Bundesrepublik wird dann ihren Beitrag an der friedlichen Anwendung von Atomenergie im weltweiten Maßstab vorweisen. Die OTTO HAHN ist nach dem amerikanischen Atomfrachter SAVANNAH und dem russischen Atomeisbrecher LENIN das dritte Schiff für friedliche Zwecke in der Welt, das in Dienst geht.

Die ersten Brennelemente aus den USA für die OTTO HAHN sind bereits in Sechsstacht eingetroffen. Die Gesellschaft für Kernenergieverwertung läßt dort in ihrem Versuchsreaktor für atomare Schiffsantriebe die ersten Experimente durchführen. Die Versuche werden bis Februar 1968 andauern. Dann sollen sie in Kiel in den Reaktor der OTTO HAHN eingebaut werden.

Bei dem Reaktor handelt es sich um einen "fortschrittlichen Druckwasserreaktor", einer Weiterentwicklung des Atommeilers, mit dem die SAVANNAH ausgerüstet ist. Der in Kiel vorgesehene Reaktor bietet bei geringerem Druck höhere Sicherheit und größere Energieausnutzung. Die OTTO HAHN ist aber auch so ausgelegt, daß sie noch andere Reaktortypen aufnehmen kann, falls die technische Entwicklung noch weiter geht.

Die OTTO HAHN soll zunächst Eisenerz von Narvik nach Bremerhaven und nach Emden transportieren. Die Hafenbehörden sind damit einverstanden, daß ihre Kais von einem atomgetriebenen Schiff angelaufen werden. Man geht nicht davon aus, daß sich die Frachtfahrten der OTTO HAHN rentieren. Es handelt sich um ein Versuchsschiff, für dessen Reaktoranlagen allein 55 Millionen DM ausgegeben wurden. Die Frachtfahrten, die das Schiff unternimmt, werden aber jährlich zwei Millionen DM bringen und so die Betriebskosten in Höhe von 3,5 auf 1,5 Millionen DM reduzieren. - Mit der OTTO HAHN erhält die Handelsschiffahrt in der Welt ein weiteres Modell und vor allem das modernste für die Anwendung der Atomenergie. Schon jetzt laufen die ersten Entwicklungen bei den Werften, um schnelle Container-Schiffe und große Öltransporter mit Atomenergie anzutreiben. Das Modell von Kiel, die wissenschaftliche und technische Vorleistung der Bundesrepublik, hat weitgehende Voraussetzungen dafür geschaffen.

Diadochenkämpfe in Portugal

Um Salazars Nachfolge

Von unserem HD-1 Korrespondenten in Madrid

In Portugals Monopol-Partei "Nationale Union" (União Nacional) brodeln und gärt es wie lange nicht seit der Gründung des "Novo Estado" (Neuen Staates) nach dem Militärputsch vom 28. Mai 1926, der den neun Millionen Portugiesen einen Ständestaat nach dem Vorbild des faschistischen Mussolini-Italiens brachte.

Vielfach heißt es in Lissabon, die Einheitspartei sei von der "spanischen Krankheit" ("enfermedade espanhola") befallen, der Dauerkrise der spanischen Falange-Bewegung. Zwei Tendenzen stehen einander im Schoße der "Nationalen Union" unversöhnlich gegenüber: die Befürworter einer Auflockerung des starren politischen Systems, die meist aus dem katholischen Lager kommen und denen Verbindungen zum in Spanien aktiven katholischen Laienorden "Opus Dei" nachgesagt werden, auf der anderen Seite des Schützengrabens die Verteidiger des bisherigen harten Kurses. Die "Neuerer" scharen sich um den vor Jahren ausgebooteten Kolonialminister Adriano Moreira. Innenminister Santos Junior gab die Existenz radikaler Gruppen innerhalb der portugiesischen Einheitspartei in einer in Oporto gehaltenen Rede offen zu und erklärte: "Die Ruhe im Land kann die öffentliche Meinung dazu verleiten, sich damit zu begnügen, auf die Kräfte der Staatssicherheitsorgane zu vertrauen." Das offiziöse "Diario da Manhã" beschwerte sich bitter über die ständigen demagogischen Reden eines Teils der Würdenträger der Einheitspartei. Die angeblich subversive katholische Organisation "Pragma" wurde zerschlagen, weil sie im Zeichen des Machtkampfes sich der liberalen Richtung angeschlossen hatte.

Noch in diesem Jahr sollen die Führer der "Nationalen Union" in einer geheimen Zusammenkunft in Lissabon ihre Zwistigkeiten begraben, die im kommenden Frühjahr ein Parteitag klären soll, welche der beiden Gruppen innerhalb des Regierungslagers die Richtlinien der Politik bestimmt.

Der abgelöste Justizminister Antunes Varela verlangte "die Rückkehr zu den alten Prinzipien". Er beklagte ihre Verletzung sowie "die ideologischen Abweichungen" und Gesetzesbrüche, die in Portugal in eine "wahre Plage ausarten" könnten und jene enttäuschten, die "noch immer an die moralische Kraft des Regimes glauben". Dieses Tauziehen um die Macht vollzieht sich im Hinblick auf die Nachfolge des portugiesischen Regierungschefs Antonio Oliveira de Salazar, der seit 1926 der Regierung angehört und als "dienstältester Regierungschef der Welt" seit 1932 bisher unangefochten die Stellung eines "starken Mannes" innehatte, sie aber infolge seines hohen Alters (78) an der Schwelle des achten Lebensjahrzehntes wohl bald einem Jüngeren räumen muß. Der Kampf der Diadochen ist in Lissabon hinter den Kulissen bereits voll entbrannt. Nicht wenige Auguren vermuten, daß der "Neue Staat" Salazar nicht lange überleben dürfte. Bedrängt in den afrikanischen und asiatischen Besitzungen, steht Portugal vor einem neuen Abschnitt seiner Geschichte. Die künftige Richtung ist noch nicht zu erkennen, doch die Vertrauenskrise in der "Nationalen Union" könnte den Auflösungsprozeß des ständestaatlichen Gefüges beschleunigen.

Eine Landkarte der Hoffnung

Die Summe der Internationalen Buchmesse 1967

Von Wolfgang Tschechne

Der wichtigste Eindruck, den der Besucher dieses Jahr aus Frankfurt am Main mitbringt: die Buchmesse ist politisch geworden. Sie hat sich mit einem mitunter geradezu stürmischen Elan den öffentlichen Dingen zugewandt, so daß geradezu von einem Neubeginn gesprochen werden kann. Und so wie die Buchmesse zum ersten Male die Politik zur Kenntnis genommen und als gemeinsame Aufgabe erkannt hat, so wurde sie selbst auch von der politischen Repräsentanz als Forum des Weltgeistes zur Kenntnis genommen.

Als - zum ersten Male - ein Vertreter des Bundestages zu einem offiziellen Rundgang in Frankfurt erschien, (es war der Vorsitzende des Gesamtdeutschen Ausschusses, Egon Franke, begleitet von Alfred Kraus als dem Vertreter des SPD-Parteivorstandes), konnte ihm Siegfried Tauber, der Direktor der Buchmesse, eine Landkarte besonderer Art zeigen. Eine Weltkarte war dies, und optisch kenntlich gemacht waren darauf alle Staaten, die in Frankfurt ausstellten. Eine Landkarte der Hoffnung; mit Ausnahme einiger junger afrikanischer Staaten, zweier südamerikanischer Länder und Chinas war auf der Frankfurter Buchmesse die Welt zu Gast.

Die Weltkarte des Buches hat nur noch wenige weiße Stellen. Daß China davon die größte ausmacht, hängt damit zusammen, daß die Messeleitung das Kommen der Verlage aus Formosa weder untersagen konnte, noch untersagen wollte - sonst wären Maos Buchabgesandte in Frankfurt aufgetreten. Siegfried Tauber wies aber mit Recht darauf hin, daß eine derartige Vorzensur keinesfalls Aufgabe der Messe sei. Wer kommen will, der soll kommen dürfen. Maos Kulturpolitiker jedenfalls konnten sich nicht zu jener geistigen Toleranz aufraffen, die von Verlagen der Bundesrepublik gezeigt wurde, als sie sich entschlossen, gegen das Auftreten der sogenannten nebensächlichen Vorlage aus der DDR keinen Einspruch zu erheben. Landkarte der Hoffnung aber trotzdem - denn es ist anzunehmen, daß Mao, dessen rote Bibel ohnehin schon vor westeuropäischen Verlagen vertrieben und gut verkauft wird, im kommenden Jahre auch seinen Verlegern gestatten wird, sich auf dem Welttreffen der Bücher zu präsentieren - sich und ihn.

Die Internationale Buchmesse hatte ihre große politische Stunde, als der neue Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der 82-jährige Philosoph Ernst Bloch, in der Paulskirche sein Prinzip Hoffnung in die Wirklichkeit unserer Zeit übersetzte und damit eine Zukunftsordnung von hoher geistiger Kraft und prophetischer Schönheit errichtete. Wiederum war, diesmal durch Bundeswirtschaftsminister Schiller, die Politik auch offiziell dabei. Niemand wird von der Architektur des von Professor Bloch errichteten Denkgebäudes unbeeindruckt geblieben sein, - eines Domes, zu dessen Grundpfeilern der marxistische Humanismus ebenso gehört, wie die metaphysische Botschaft des Christentums. Und niemand wird die kraftvolle Gläubigkeit von Ernst Bloch anzweifeln, als in seiner Rede nun wiederum das Bild einer Landkarte der Hoffnung lebendig wurde: "Eine Landkarte, wozuf das Land Utopia fehlt, verdient nicht einmal einen Blick."

Was Bloch als fördernde Hoffnung erklärte, muß und wird vom Geist dieser Welt und dieser Zeit, der sich in Buch manifestiert, als ständige Aufgabe angenommen werden: "Wenn die Verhältnisse den Menschen bilden, so hilft nichts, als die Verhältnisse menschlich zu bilden." Die Landkarte der Hoffnung, die auf der Buchmesse 1967 zum ersten Male in einem so breiten und so neuen Selbstverständnis des Geistes aufgeschlagen worden ist, muß als Zeichenerklärung und Wegweiser das Wort verwenden mit dem Ernst Bloch in der Paulskirche schloß: "Es lebe die praktische Vernunft!"

Dieser die Politik und die Literatur gemeinsam umschließende Leitgedanke stand auch über einem Abendempfang der Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler und der ILA (Internationale Literarische Arbeitsgemeinschaft). War schon das Interesse der Politik erstaunlich, neben dem Frankfurter Oberbürgermeister Professor Brandert waren u.a. der Bundestagsabgeordnete Schmitt-Vockenhausen, Dr. Georgi und Dr. Herder als Vorsitzende des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und Dr. Heidermann von der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen - so war nicht minder überraschend die kompromißlose Modernität, mit der Dr. Grotz, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Akademiker in seinem Referat die Zukunftsaufgaben des Sozialismus verdeutlichte. Auch hier waren es nicht so sehr weltanschauliche Standpunkte, von denen der Referent ausging; es war die von Professor Bloch geforderte praktische Vernunft, die zu einer neuen Grundlagenbesinnung führte. Realistische Aufgabe des freiheitlichen Sozialismus ist es demnach nicht in den Gräben des Klassenkampfes zu verharren, sondern zu dem konkreten gesellschaftspolitischen Ziel aufzubrechen, eine gewaltlose Kanalisierung der Konflikte in der Gesellschaft zu schaffen.

Ähnliches geschah, als die Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler mit den ILA-Mitgliedern in Frankfurt zu einer Arbeitsbesprechung zusammentraf, wobei eine besonders starke Beteiligung aus den skandinavischen Ländern zu verzeichnen war. Wiederum wurde, unter vielen anderen die Buchpraxis betreffenden Tagesordnungspunkten, das Bild einer Landkarte heraufbeschworen, als der Leiter der Gruppe Justav Schmidt-Küstner. Die Aufgaben der Verleger und der Buchschaffenden bei der geistigen Erschließung der Entwicklungsländer umriß. Es sei immer dringender erforderlich, dafür zu sorgen, daß der europäische Sozialismus auch in den jungen Staaten der außereuropäischen Welt diskutiert und als geistige Hilfe bei der Entstehung neuer Denkformen zur Kenntnis genommen werden könne. In den Diskussionen der Gruppe kam immer wieder die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß sich die Frankfurter Buchmesse zu einem politischen Forum gewandelt habe und daß man auf breiter Ebene dazu übergehe, die Planung und Bewältigung der Zukunft als eine politische Aufgabe zu verstehen. Und es war wiederum ein sozialdemokratischer Politiker, der allerdings auch als Schriftsteller von hohem Rang in der Literarwelt seinen Platz hat, Professor Carlo Schmid, der in seiner Eröffnungsrede der Frankfurter Buchmesse 1967 dem Buch drei neue und besonders politisch gekennzeichnete Wirkungsmöglichkeiten wies: das Buch habe die Früchte vom Baum der Erkenntnis in alle Welt hineinzutragen, es habe im Hinblick auf das kommende Jahrhundert neue Wege des Denkens und der Vernunft zu weisen - und es habe dazu immer noch und immer wieder die alte Aufgabe zu erfüllen, auch die Wege auszuleuchten, die vom Herzen zum Herzen führen.